

RUANDA

## Afrikanischer Wahlkampf

Dreieinhalb Monate vor den Wahlen geht Präsident Paul Kagame, 52, immer rabiater gegen politische Gegner vor. In der vergangenen Woche ließ er seine gefährlichste Konkurrentin, Victoire Ingabire, vorübergehend verhaften. „Leugnung des Völkermords“ wird ihr vorgeworfen. Möglich machen das umstrittene Paragrafen des ruandischen Strafrechts, die erlauben, fast jede kritische Äußerung als gefährliche ethnische Hetze zu diffamieren. Zu Beginn der Woche waren bereits zwei Generäle, darunter der ehemalige Luftwaffenchef, festgenommen worden. Ihnen werden Korruption und Missbrauch im Amt zur Last gelegt. Mitte April hatte die staatlich kontrollierte Medienauf-



Kagame

sicht zwei kritische Wochenzeitungen für die kommenden sechs Monate verboten. Die wiederum waren einer „falschen und aufhetzenden Berichterstattung“ bezichtigt worden.

16 Jahre nach Ende des Bürgerkriegs scheint der Rückhalt Kagames im Staatsapparat zu schwinden. 1994 war er an der Spitze seiner Rebellenarmee in Kigali eingezogen und hatte damit den Völkermord beendet. Nun spricht man in der Hauptstadt schon von einem möglichen Putsch. Ruanda ist wegen seiner hohen Wachstumsraten eines der Vorzeigeländer der internationalen Gebergemeinschaft. Der Global Fund will gerade wieder 389 Millionen Dollar für die HIV-Bekämpfung geben, die Weltbank gewährte 122 Millionen Dollar für den Staatshaushalt.



Barrikade in Bangkok

THAILAND

## Bürgerkrieg in Bangkok?

Regierungsgegner und die Polizei liefern sich in den Straßen Bangkoks immer heftigere Auseinandersetzungen. Bis zum Freitagabend wurden 86 Menschen verletzt, mindestens einer starb nach Granatenexplosionen. Die Regierung machte „Terroristen“ für die Anschläge verantwortlich. Die Demonstranten forderten, den Vorfall genau zu untersuchen und sagten, sie seien zu Gesprächen bereit. Eine ihrer Bedingungen: Die Regierung

soll die Opposition nicht weiter schikanierten und behindern. Vor allem im Internet versucht Premierminister Abhisit derzeit massiv die Meinungsfreiheit zu beschneiden. Auf Weisung des staatlichen „Zentrums zur Lösung der Notstandssituation“ wurden schon 190 kritische Websites geschlossen. Selbst Seiten von BBC und CNN waren in Thailand zeitweise nicht mehr abrufbar. Häufigster Vorwurf: Aufwiegelung, Pornografie, Majestätsbe-

ARABISCHE EMIRATE

## Strenge Bettenkontrolle

Vergangenen Montag begann die Kampagne: Seither durchkämmen Polizeikräfte Schlafzimmer für Schlafzimmer, Wohnung für Wohnung, um im Emirat Schardscha wilde Ehen auszuheben. „Wir haben ein Pärchen gefunden, einen Araber und eine Asiatin“, meldete Polizeichef Jussuf Mussa al-Nakbi, „sie lebten widerrechtlich zusammen

und hatten zwei Kinder.“ Beides sei nach den Gesetzen der Vereinigten Arabischen Emirate und der Scharia verboten. Ertappte Familien ohne Trauschein werden dem Staatsanwalt angezeigt, die wilden Paare könnten zu hundert Peitschenhieben verurteilt werden. Anwälte allerdings gehen davon aus, dass es bei einer Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr bleiben könnte, gefolgt von einer Ausweisung, falls es sich um Ausländer handelt. Schardscha ist der kleine Nachbar von Dubai, und was dem Emirat an



Chiranuch

NICK NOSTITZ / AGENTUR FOCUS

leidigung. Der Publizistin Chiranuch Premchaiporn, 43, drohen sogar 50 Jahre Gefängnis, weil auf ihrer Nachrichtenseite Prachatai.com angeblich königskritische Leserkommentare veröffentlicht worden seien. „In Thailand werden die Medien mundtot gemacht“, sagt Chiranuch, „diese Regierung ist undemokratisch, sie wird vom Militär kontrolliert.“ Sollte die Regierung nicht einlenken, könne die Lage außer Kontrolle geraten. Im schlimmsten Fall drohe dem zerrissenen Land dann ein Bürgerkrieg.

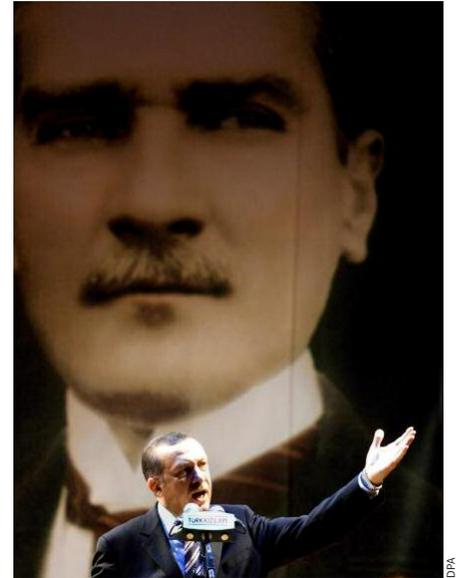
Ressourcenreichtum abgeht, macht es durch moralische Strenge wett. Wer sich die Mieten in Dubai nicht leisten kann, lebt oft in Schardscha und muss jetzt Denunziationen und Verfolgung fürchten. „Ich habe Angst, meinen Partner in seiner Wohnung zu besuchen. Wer weiß, ob die Polizei nicht auch Liebespaaren nachstellt“, wird eine philippinische Verkäuferin in der Zeitung „The National“ zitiert. Die Organisation Islamischer Staaten hat Schardscha zur Kulturhauptstadt 2014 ernannt.

TÜRKEI

## Unbegrenzte Macht

Seit seinem Amtsantritt als Ministerpräsident spricht Recep Tayyip Erdogan gern öffentlich über sein politisches Lieblingsprojekt: die Einführung einer Präsidentsystemdemokratie nach amerikanischem Vorbild. Nun stellte der Premier in einem Fernsehinterview sogar eine Volksabstimmung darüber in Aussicht – vorausgesetzt, seine Regierungspartei, die islamisch-konservative AKP, gewinnt im kommenden Jahr die Parlamentswahl. Kritiker vermuten hinter dem Vorstoß reinen Eigennutz: In einem Präsidentsystem würden die Ämter des Minister- und des Staatspräsidenten in einer Position gebündelt. Sollte sich Erdogan noch seinen politischen Lebensraum erfüllen und vom Volk als Staatspräsident gewählt werden, würde er nahezu unbeschränkte Machtbefugnisse genießen. „In einem Land wie der Türkei, wo die Demokratie noch nicht vollständig verwurzelt ist, können daraus sehr bedenkliche Ereignisse entstehen“, befürchtet der kurdische Oppositionspolitiker Bengi Yildiz. Für den türkischen

Staatsrechtler Necmi Yüzbaşıoğlu bedeutet ein Präsidentsystem gar, der Diktatur die Türen zu öffnen: „Erdogan wäre wie ein gewählter König.“ Erdogan hingegen verteidigt seinen Vorschlag: In Bezug auf Rechte und Freiheiten seien die USA der Türkei weit voraus.



Erdogan vor Atatürk-Porträt

DPA

FINNLAND

## „Bruder Matti“

Neue Enthüllungen zur Wahlspendenaﬀäre bringen Ministerpräsident Matti Vanhanen und seine Zentrumsparterie zunehmend in Bedrängnis. Vanhanen könnte daher noch vor seinem ohnehin geplanten Rücktritt als Parteichef am 12. Juni gezwungen sein abzudanken. Der Ministerpräsident und andere Regierungspolitiker vom Zentrum und den Konservativen hatten 2007 von diversen Firmen widerrechtlich Wahlkampfhilfe erhalten. In

der Parteizentrale des Zentrums fand sich sogar eigens eine Unternehmergruppe zusammen – allein um Spenden zu beschaffen. Bislang bestritt der Premier die dubiosen Kontakte. Nun aber wird öffentlich, dass er darüber informiert sein musste. So schrieb der Unternehmer Arto Merisalo, einer der Geldgeber, in einer jetzt bekanntgewordenen Mail nach der Wahl an Vanhanen: „Bester Bruder Matti, unter deiner Leitung hat Finnlands Zentrum einen fabelhaften Abwehrsieg erreicht ... die Sozis haben bekommen, was sie verdienen.“ Der Regierungschef antwortete artig: „Danke für alle Hilfe, Gruß Matti. PS: Das Fest müssen wir organisieren.“ Das fand dann im Mai 2007, wenige Wochen nach der Wahl, mit den wichtigsten Finanziers des Wahlkampfes in Vanhanens Residenz statt. Im selben Monat griff Vanhanen bei der Grundsteinlegung eines Einkaufszentrums zum Spaten. Bauherr war einer seiner wichtigsten Sponsoren.



Vanhanen

LEHTINVA OY / ACTION PRESS